

## ***Der Notstand wird immer größer – auf Kosten der Kleinsten und Schwächsten***

Am 20. September tagte die Bezirksverordnetenversammlung Pankow zum 17. Mal in dieser Wahlperiode. Die Sitzung stand ganz im Zeichen der Debatte um den Beschluss des Pankower Haushalts 2024/25.

In den vergangenen Jahren wurden die Haushalte in Pankow stets mit breiter Zustimmung aller demokratischen Parteien verabschiedet. Doch diesmal war es anders. Die Zählgemeinschaft aus Grünen, CDU und FDP zeigte keinerlei Interesse daran, sich mit der LINKEN und der SPD zu verständigen. Das Ergebnis: Der Bereich Soziales geht leer aus und im Jugendbereich wurde erst nach großem Protest das Nötigste bereitgestellt.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Eckpfeiler sozialer Infrastruktur. Die Pankower Kinder- und Jugendeinrichtungen bieten kostengünstige Sport- und Bildungsangebote sowie oftmals eine warme Mahlzeit am Tag. Doch gerade in diesem sensiblen Bereich plant GRÜNE, CDU und FDP massive Kürzungen - in Zeiten, in denen jedes fünfte Kind in Armut lebt.

Die Linksfraktion hatte wochenlang auf die daraus entstehenden Probleme hingewiesen. Erst nach massivem Protest wurde das Nötigste bereitgestellt.

An allen anderen Ecken und Enden im Bereich Jugend wird aber weiterhin gespart. Das betrifft vor allem den Kinderschutz und den Teilhabefachbereich. Aufgrund personeller Engpässe im Jugendamt verzögert sich die Bewilligung von Therapien und Assistenzen um Monate.

Es droht ein Kollaps. Angesichts der Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche ist dieser Zustand nicht hinnehmbar.

Auch im Bereich Soziales wird das unnötige Sparen fatale Folgen für den Bezirk haben. Bei den Hilfen zur Pflege besteht ein dringender Personalbedarf. Pflegekosten können derzeit nicht zeitnah abgerechnet werden. Die Arbeitsrückstände in diesem Bereich sind seit Juni 2022 deutlich angestiegen. Mindestens zwei zusätzliche Stellen für die Entlastung wären notwendig. Die Schaffung einer sechsten Stelle in den kommunalen Begegnungsstätten für Senior:innen sowie die Unterstützung des Projekts "BIB – Kommunale Bewegungsförderung im Bezirk" sind ebenfalls notwendig, um die Angebote für die steigende Zahl an Senior:innen nicht kürzen zu müssen.

Nicht zuletzt brauchen auch die wenigen aufsuchenden Straßensozialarbeiter:innen, die sich um die steigende Zahl an Obdachlosen im Bezirk kümmern sollen, eine dauerhafte Finanzierung.

Daher hat die Linksfraktion mit einem Änderungsantrag dafür gekämpft, die knappen Mittel effektiv dort einzusetzen, wo sie dringend gebraucht werden und wird auch weiterhin an die soziale Verantwortung gegenüber den Bürger:innen Pankows erinnern. Die Bedürfnisse der Menschen in Pankow müssen Vorrang haben!

*Maria Bigos  
Vorsitzende der Linksfraktion Pankow*

## ***BVV-Splitter – 17. Tagung am 20. September 2023***

### **Mehr Safeplaces für obdachlose Menschen auch in Pankow**

In einem Antrag wird das Bezirksamt Pankow ersucht, „in Zusammenarbeit mit anderen Bezirken und der zuständigen Senatsverwaltung mehr sogenannte „Safeplaces“ für obdachlose Menschen in Pankow einzurichten. Diese Safeplaces sollen besonders Menschen zur Verfügung gestellt werden, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in Wohnungen oder Unterkünften unterkommen können oder wollen. Diese Safeplaces sollen eng durch die aufsuchenden Straßensozialarbeiter und -arbeiterinnen begleitet werden. Laut Bezirksamt befindet sich ein Safeplace mit Little Homes in Pankow bereits in der Umsetzung. Sie erfolgt in enger Kooperation mit der Help-Stiftung.

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Gesundheit diskutierte u.a. Fragen der Finanzierung, der Betreuung des Projektes, der Ergebnisse von Pilotprojekten andernorts. Die Finanzierung ist gesichert. Der Ausschuss sprach sich mehrheitlich für den Antrag aus, der dann von der BVV beschlossen wurde.

### **Zukunft für Wohnprojekte in Pankow**

Viele Menschen brauchen Hilfe durch Unterbringung in Wohnprojekten. Der Wohnungsmarkt und die angebotenen Gewerberäume sind aber nur selten auf die Anforderungen solcher Projekte ausgelegt. Wenn in Pankow bis zum Jahr 2030 mehr als 20 000 Wohnungen errichtet werden sollen, ist mit der wachsenden Bevölkerung auch ein neuer Bedarf an speziellen Wohnprojekten zu erwarten. Deshalb wäre die Steuerung und Koordination durch das Bezirksamt insgesamt nötig, um wirkungsvoll für die Menschen die nötigen Angebote vorzuhalten.

Zur Umsetzung dieses Anliegens lag der BVV ein Antrag vor, in dem das Bezirksamt Pankow um eine Prüfung ersucht wird, „wie groß der aktuelle und zukünftige Bedarf für Plätze in Wohnprojekten im Bezirk für verschiedene Personengruppen ist. Insbesondere soll dabei der Fokus auf Betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung, obdachlose und/oder von häuslicher Gewalt bedrohte Frauen, Jugendliche in der Straßensozialarbeit und gemeinsames Wohnen im Alter gelegt werden.“ Desweiteren sollte u.a. ein Katalog mit Anforderungen an bedarfsgerechten Wohnraum erstellt werden. Mit Unternehmen der Pankower Wohnungswirtschaft sollte ein Konzept zur Einbeziehung von Wohnprojekten in die Planung künftiger Bauprojekte entwickelt werden.

### **Umsetzung der Mehrwegangebotspflicht**

Im Bezirk Pankow gibt es zahlreiche Betriebe, die Speisen und Getränke zum Mitnehmen anbieten. Am 01.01.2023 trat in Deutschland die Mehrwegangebotspflicht für Speisen und Getränke zum Mitnehmen in Kraft. Eine Übersicht, wie viele Betriebe in Pankow davon betroffen sind und dieser Pflicht bereits nachkommen, liegt nicht vor. Ebenso ist nicht ersichtlich, welchen konkreten Unterstützungsbedarf insbesondere kleinere Betriebe haben, die bei eventuellen Strafen in eine Existenzgefährdung kommen könnten.

Die Linksfraktion formulierte deshalb einen Antrag, in dem das Bezirksamt u.a. ersucht wird, gastronomische Betriebe zu unterstützen, der Mehrwegangebotspflicht für Speisen und Getränke nachzukommen, ohne diese in ihrer Existenz zu gefährden. Das Bezirksamt wird gebeten, mit Vereinen und Initiativen in Kontakt zu treten, um für Pankow Beratungsangebote und Informationsmaterial abzustimmen und bereit zu stellen. Die beiden letztgenannten Anträge wurden in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

*T. O.*